Ein moderner Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Autor(en): **Bader, Ernest**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **69 (1975)**

Heft 2

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142435

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

den **Entwicklungsländern nicht geholfen werden kann, indem die Industrieländer einen noch größeren Anteil an den knapper werdenden Ressourcen beanspruchen als bisher.** Ferner zeigen die Erfahrungen unmißverständlich, daß kapitalintensive Industrie und rationalisierte Landwirtschaft die Lage in den Entwicklungsländern verschlechtern statt verbessern, weil sie die privilegierten Gruppen begünstigen, in den bedürftigen Bevölkerungsschichten jedoch neue oder vermehrte Abhängigkeiten schaffen und Massenarbeitslosigkeit hervorrufen.

O. Rohweder

Vortrag an der Tagung «Bund f. Lebensschutz», Wiesbaden, 30. Nov.-1. Dez. 74

Ein moderner Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Eine durch das britische Parlament veranlaßte Erhebung — genannt «Königliche Kommission zur Frage von Einkommen und Vermögen aus Geschäftsbetrieben» — richtete sich auch an die Scott Bader Commonwealth, ein gemeinwirtschaftlich geführtes Unternehmen, auf welches wir in den «Neuen Wegen» schon öfters hingewiesen haben. Aus der Antwort des Gründer-Präsidenten des Commonwealth. Mr. Ernest Bader, möchten wir nachstehend die wichtigsten Passagen unseren Lesern mitteilen. Ernest Bader schreibt:

«Wenn ein Leitartikel der 'Financial Times', des hervorragenden kapitalistischen Blattes, in der Ausgabe vom 4. Januar 1975 öffentlich bekannt geben kann 'die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs, welchen die Bank of England letztes Jahr als unmittelbar möglich voraussah, ist nicht vermieden, sondern nur aufgeschoben', so dürfte man allgemein zustimmen, wenn ich behaupte, daß wir auf dem bisherigen Weg nicht mehr weiterkommen. Wie der Kommentator der 'Financial Times' in seiner Prognose für 1975 andeutet, ist es dringend notwendig, mit der heutigen Geschäftsgebarung Schluß zu machen. 'Zu hoffen sei nur', wie er sich ausdrückt, 'daß die Regierung den Mut aufbringe, eine schmerzliche Neu-Orientierung durchzustehen'.

Die entscheidenden Konsequenzen einer Neuordnung im Sinne der Scott Bader Commonwealth sehen wir so:

1. Wir glauben, die Struktur unserer Commonwealth biete eine Grundlage für die gerechte Verteilung des Arbeits-Ergebnisses der Firma, denn sie zeigt die Methode, wie alle daran Beteiligten — das heißt die Angestellten, die Firma, der Staat und die Lokalgemeinde, nicht allein in ihren berechtigten Ansprüchen zu befriedigen sind, son-

dern, wie darüber hinaus die Wohlfahrt, die Entwicklung und das Gedeihen der weiteren Gemeinschaft, der wir angehören, ohne Konflikt gesichert werden können.

2. In Zusammenfassung unserer Situation dürfen wir feststellen, daß wir Kapital in Dienst nehmen, anstatt daß Kapital Arbeiter in Dienst nimmt. Wir dürfen ferner darauf hinweisen, daß wir schon im Mai 1954 öffentlich erklärten: 'Wenn ein Unternehmen im Besitz aller Mitarbeiter ist, besteht weder ein Bedürfnis noch der Wunsch zu steiken.'

3. Obschon wir nicht den Versuch machen wollen, die Gültigkeit unserer Anschauungen durch unseren rechnerischen Erfolg zu beweisen, halten wir daran fest, daß die Umwandlung des Unternehmens in Gemeinschaftsbesitz durchaus vereinbar ist mit heutiger Führungs-Konzeption, umsomehr als Aktienbesitz und Eigentum einer Unternehmung (Firma) durch das Management schon sehr ausgehöhlt sind, obschon das Letztere vom Besitzer, oder von den Aktionären, eingesetzt wurde. Die LabourParty hat sich verpflichtet für Gemeineigentum in der Industrie einzustehen, aber die Gefahr besteht, daß das Gewerkschaftsregime schließlich in einem Kommunismus russischer Prägung oder Staatskapitalismus aufgeht. Gemeineigentum in unserem Sinn stellt das Optimum dar, das aus kapitalistischer wie sozialistischer Philosophie zu holen ist, im Gegensatz zur Idee der Verstaatlichung.

4. Das Haupthindernis, das der Übernahme unserer Ideen entgegensteht, scheint die Abschaffung der Dividenden auf privatem Aktienbesitz zu sein, und die Umwandlung aller Unternehmen in Betriebe gemeinschaftlichen Charakters, die im Besitz sind und geführt werden von allen Mitarbeitern in der Firma. 'Arbeiter-Teilhaberschaft (wie sie in im kürzlich publizierten Artikel der 'Financial Times' über 'Workers Participation in Britain' zum Ausdruck kommt, schließt nicht eindeutig auch den Besitz des Unternehmens ein, während wir im Eigentumstitel die höchste Autorität in jedem Betrieb sehen.

5. Es ist klar, daß jedermann in der Firma sich zu diesen Auffassungen bekennen und dies in seiner Arbeitsmoral beweisen muß. Das ist die Grundlage für den Erfolg der Firma und die Garantie gegen Streiks. Der Betrieb soll auf einem Höchstmaß an Freiheit beruhen, unter Ausschluß jeden Zwanges.

6. In der Verfassung eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens werden die sozialen Verpflichtungen der Gemeinschaft nicht durch das Bezahlen von Gemeinde- und Staatssteuern abgegolten. Es gehören dazu auch die freiwilligen Dienste zur Hebung der Mitarbeiter und die benachbarte Bevölkerung. In unserer Commonwealth hat jedermann Gelegenheit zu einer höheren Stufe der Selbstverwirklichung zu gelangen, während er sich mit den Zielen unserer Gemeinschaft identifiziert.

7. In einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen genießen Mitglieder eine Sicherheit, die weit über bloßen Geldbesitz hinausgeht: Kein Mitarbeiter kann entlassen werden, außer für schwere Vergehen, wobei die Gemeinschaft durch ihren gewählten Ausschuß über eine Entlassung entscheidet. Ob sie nun durch Krankheit oder aus anderen Gründen arbeitsunfähig werden, ist der Lohn der Mitarbeiter garantiert, soweit die Mittel des Betriebes dies erlauben. Im Ruhestand genießen sie eine Pension, die ihren Diensten und nicht ihrer sozialen Stellung entspricht.

8. In ihrer Idealform sollte das Ziel jeder Gesellschaft darin bestehen, für alle Mitarbeiter in gesunden und kranken Tagen, wie auch im Ruhestand, zu sorgen. Nun ist zuzugeben, daß für den 'Dienstleistungs-Sektor' (öffentlicher Verkehr, Schulen, Verwaltung usw.) der Staat heute verantwortlich ist. Es ist darum wichtig, daß ein System entwickelt wird, unter welchem die Quelle aller Einkünfte, die Industrie, die Gemeinschaft im Gesamten trägt.

9. Was schließlich die Gefahr betrifft, Mitglieder des Commonwealth könnten ihre Guthaben veräußern, wie dies in gewöhnlichen Cooperativen geschieht, so bestimmt unsere Verfassung, daß alle Aktiven im Falle einer Liquidation an eine ähnliche Organisation mit Wohltätigkeits-Statut abzutreten sind.»

Hinweis auf ein Buch

CHILE. Ein Schwarzbuch. Herausgegeben von Hans-Werner Bartsch u. a. 1974. Pahl-Rugenstein-Verlag Köln. Fr. 16.70.

Dieses Chile-Schwarzbuch ist vor Jahresfrist erschienen. Es mag etwas verspätet scheinen, daß wir uns heute noch mit ihm auseinandersetzen. Die Begründung dafür liegt in der Tatsache, daß seine geschichtliche Fundiertheit offenbar in der Schweiz in gewissen Kreisen in Frage gezogen wird. Weil es sich dabei wohl vor allem um Flüsterpropaganda handelt, ist es wichtig, daß Menschen, denen an der Wahrheit gelegen ist, und die das Geschehen im September 1973 in Zeitungen und am Radio verfolgt haben, sich selbst darüber Rechenschaft geben, welches Vertrauen dem Schwarzbuch entgegengebracht werden kann. Diese Prüfung ist wichtig für den Leser selbst, aber auch um in der Lage zu sein, andere darüber aufzuklären. In dem Buch steht vieles, was wir damals gelesen haben, aber auch gewisse Tatsachen, über die wir erst später Näheres hörten, wie etwa das Wirken der amerikanischen Multinationalen, der CIA und der Großbanken der kapitalistischen Länder.

Das Buch beginnt mit der Gründung und dem Programm der UNIDAD POPULAR und zeigt damit, wogegen die Junta und ihre Hintermänner sich auflehnten. Nach einer kurzen Darstellung dessen, was Allende vorgefunden hatte, werden die Errungenschaften seines Regimes gezeigt: täglich ein halber Liter Milch für jedes Kind, Schulbücher, steigender Lebensstandard, Wohnungsbau, bessere medizinische Hilfe. Weiter ist die Verstaatlichung von Kupfer-